

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktion: Dresden, Dresden
Bezirksamt-Sammelnummer: 8541
Für die Nachdruckrechte: Nr. 90011
Schriftleitung: H. Schmidtschäfer
Dresden - K. L. Stadenstraße 22/43

Berichterstatter bei Messe und anderen Ausstellungen monatlich 2,40 RM. (außerhalb 30 Wk. 10 Wk. 10 Wk.)
Zeitung, handl. Zeitung 1,40 RM. (außerhalb 10 Wk. 10 Wk.) (außerhalb 10 Wk.)
Bei Tageszeitungen: Dresden, Gera, Chemnitz 10 Wk. (außerhalb 10 Wk.)
Zeitung, Seite 10 Wk., für Kunden 10 Wk. (außerhalb 10 Wk.)
Büchsenmagazin und Eisenwaren 10 Wk.
10 Wk., unterhalb 10 Wk., bis 10 mm breite Metallwaren 100 Wk., unterhalb 100 Wk. (außerhalb 100 Wk.)
Schmuck 10 Wk. (außerhalb 10 Wk.)

Druck u. Verlag: Bierisch & Weißbach
Dresden, Böhlweg 10, 108 Dresden
Rohrend mit breit. Querstrich (Dresden, Radebeul) aufdrückt, Unterstrich
Schriftsätze werden nicht aufdrückt

Die große Reichstagsaussprache beginnt

Brüning zwischen zwei Fronten

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Oktober. Gleich zu Beginn der Reichstagsaussprache über die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Brüning sind heute die denkbaren schwersten Gegenseitigkeiten im Plenum auseinandergeprallt. Gegenseitigkeiten wie Feuer und Wasser, wie Tag und Nacht, Gegenseitigkeiten, die einen Ausgleich auf dem Verhandlungsweg nicht mehr zulassen. Gegenseitigkeiten, die bewusst in einer Aufzählung formuliert wurden, die das Brüllende unserer gesamten innerpolitischen Lage jedem Unbefangenen geradezu ins Auge springen ließ.

Zwei Wellen standen gegeneinander.

Die Sozialdemokraten hatten den Abg. Breitscheid auf die Tribüne geladen. Die nationale Opposition war ebenfalls nicht vertreten. Die Nationalsozialisten lehnen es bekanntlich ab, sich noch irgendwelche sozialistische oder kommunistische Idee anzuhören. Da sie lebten es weiterhin ab, sogar Vertreter der Mittelparteien anzuhören. Sie erklärten, mit diesem System fertig zu sein. Jeder Schritt, den sie unternahmen, ist eine bewußte Unterstreitung der Tatfrage, daß die Brücken abgebrochen sind, und daß jeder neue Brückenschlag, und sei es auch nur der eines Hitler, sieges, rückwärts abgelehnt wird. So sprach Breitscheid wie Brüning gestern ohne Vorgesetzten. Seine ganze Rede war darauf abgestellt, die Gruppen, die sich in der Harzburger Doppelregierung zusammengefunden haben, gegeneinander auszuspielen. Breitscheid verhinderte die Nationalsozialisten auf die sozialistische Seite ihres Wetens hinzulegen und dorans einen großen Angriff gegen die Industriemenge mit Vertretern der Industrie zu entwickeln. Seine ganze Rede ließ nur allzu deutlich werden, daß die Sozialdemokraten von gestern und vorgestern sind

und nicht begriffen haben, daß eine neue Zeit mit neuen Forderungen angebrochen ist.

Breitscheid hat offen zugegeben, daß die Angst vor dem, was er Nationalsozialismus nennt, die SPD zur weiteren Tolerierung auch des neuen Kabinetts Brüning zwingt. Allerdings hat er dann gleich

seine Gegerechnung aufgemacht,

die auch, wenn sie vielleicht nur für die Anhänger bestimmt sein sollte, kaum geeignet ist, die schwankenden Abhängen des Kabinetts zu unterstützen und ihnen Nutzen zu machen, in einer solchen Koalition mitzuwirken. Während Breitscheid sprach, lärmten die Kommunisten. Sie sind zum Teil Nutznießer der inneren Unwahrschaffkeit der sozialdemokratischen Politik. Sie laufen auf die unaufzähligenden und sich betrogen führenden Wähler der SPD, deren Zersplitterung und Schwächung für sie eine Hoffnung ist.

Als Breitscheid geschlossen hatte, entstand eine Pause. Die Sitz der nationalen Opposition füllten sich. Dr. Frick begab sich zur Rednertribüne und begann eine kurz formulierte Erklärung zu verlesen. In ihr begründete die Nationalsozialisten, weshalb sie auch dem neuen Kabinett Brüning mit Misstrauen gegenüberstehen. Sie bezeichneten

Brüning als den „überlegtesten Kanzler der Nachkriegszeit“.

Brüning hat dem Kanzler Halbherr und Schwachheit höchstlich vorgeworfen. Kann Dr. Brüning sich wundern, daß auch die Nationalsozialisten ihm nichts anderes ertrauen?

Breitscheid toleriert weiter - Fricks Kampfansage

Berlin, 14. Okt. Reichstagspräsident Göde eröffnet die heutige Reichstagssitzung um 12 Uhr. Auf der Tageordnung steht die Befreiung der Regierungserklärung. Die Deutschen Nationalen und Nationalsozialisten sind nicht im Saal.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

Führt in einem Rückblick auf die Entwicklung der Notverordnungsfrage aus, es habe sich hierbei gezeigt, daß es nicht allein darauf ankomme, das Recht auf seiner Seite zu haben, sondern auch darauf, die psychologische Wirkung der Vertretung dieses Rechtes zu beachten. Die Verantwortung in dieser Frage habe nur das Kabinett getragen. Bei der Zahlungsmittelkrise hat sich gezeigt, wie notwendig es ist, daß das Ausland in die innerdeutsche Entwicklung Vertrauen setzt. Diesen Standpunkt hat früher auch der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht eingenommen. Jetzt hält er in harzkirchen-Gegenwart an dieser Erkenntnis fest. Die Ereignisse der letzten Monate im In- und Auslande führen den klaren Beweis für das Verfolgen der Führung des privatwirtschaftlichen Systems. Das System, mit Notverordnungen zu regieren, entspricht an sich nicht unseren Wünschen. Wir sind für das parlamentarische Regime, aber die Voraussetzung dafür ist, daß das Parlament selbst befähigt ist. Wir haben aber leider rechts und links große Parteien, die grundfährliche Gegner dieses Regimes sind und das Parlament nur betrachten als einen Mechanismus zum Turme der Regierung. (Sehr wahr!) Es ist die politische Not, die zu den Notverordnungen führt. (Vebh. Zustimmung.) Wir haben nicht nur

Bedenken gegen das System der Notverordnungen, sondern auch gegen ihren Inhalt.

Mit Nachdruck wird nur die Senkung der Löhne und Gehälter betrieben, während wir bei den Maßnahmen zur Preisentlastung nur Halbwert und Schwachheit sehen. Gegen die Allmacht der Kartellmagnaten wird wenig getan. Noch immer werden von der Bergindustrie 50 Pfennig von jeder Tonne Kohlen für politische Zwecke der Reichspartei verwandt.

Wenn wir das Kabinett Brüning toleriert haben, so ist das nicht gelungen, weil wir glaubten, daß dieses Kabinett sozialistische Politik treiben werde. Wir haben es getan, weil wir in erster Linie die Staatsform, in der wir leben, schaffen wollten gegen die Angreife der Faschisten und der Diktatur.

Wir haben vorher gewußt, daß die Tolerierungspolitik unsere agitatorische Wirkung leicht schädigen, daß sie zu Ablenkungen von unserer Partei führen würde. Wir haben dennoch die Regierung Brüning toleriert, weil es uns nicht geht um Augenblickspropaganda, sondern um die Zukunft der gesamten deutschen Nation. (Vebh. Beifall b. d. Soz.) Der Kampf der nationalen Opposition geht gegen die Sozialpolitik, gegen die Arbeitslosenversicherung, gegen das Tarifrecht und Schlichtungswesen, für weitere Lohnabbau und für eine neue Inflation. Die Nationalsozialisten haben vergessen, daß sie noch vor einem Jahr den Kampf gegen die Sozialreaktion proklamiert haben. Sie geben jetzt mit Ougenbergs und neben sogenannten Wirtschaftsführern,

die die ausgesprochenen Vertreter der Sozialreaktion sind. Vor genau einem Jahre beantragten die Nationalsozialisten hier die Enteignung der Bank- und Börsenfürsten. Heute gehen sie Arm in Arm mit jenen vor gegen die Arbeiterschaft.

Die Fronten sind jetzt klar abgegrenzt:

auf der einen Seite die nationale Opposition, auf der anderen Seite die vereinten Gewerkschaften. Nie ist deutlicher die Kampfparole proklamiert worden als von jenen Wirtschaftsführern, denen sich die Nationalsozialisten als Kampfgruppen zur Verfügung stellen. Die Kommunisten haben sich durch ihre Katastrophenpolitik als Schleppenträger der Sozialreaktion gezeigt. (Vater bei den Kommunisten.)

Wenn wir das Mißtrauenstum gegen das Kabinett Brüning ablehnen, so bedeutet das keine Vertrauensbildung für das, was dieses Kabinett politisch tun wird, aber es ist die Befürdung des schärfsten Misstrauens gegen das, was nach Brüning kommt.

Wir sind und bleiben Anhänger der sozialistischen Wirtschaftsform. Sollte die Sozialreaktion ihre Pläne durchsetzen wollen, so wird sie die Sozialdemokraten auch auf ihrem Platz finden. (Beifall b. d. Soz.)

Als nächster Redner folgt der

Abg. Dr. Frick (Nazoz.)

Als er das Wort nimmt, kommen die Abgeordneten der Rechten in den Saal, während Reichstagsanzüge Dr. Brüning seinen Platz verläßt.

Dr. Frick verweist zunächst auf das Verbleiben der nationalen Opposition während der Regierungserklärung. Diese Haltung entspreche zweifellos dem Willen der Mehrheit des schaffenden Volkes. Der Kanzler schenke sich nicht, nationalsozialistisches Geistesgut in seiner Notverordnungspraxis, zum Beispiel bei Vereinigung der Höchstgrenze für Gehälter und Pensionen zu verwerten, gleichzeitig aber der NSDAP zu unterstützen, sie könne unter Umständen diese Maßnahmen sabotieren.

„Wir werden die Notverordnungen weiter ablehnen, weil wir Regelungen, die sich lohnen, das Volk über die Berechtigung ihrer Maßnahmen zu bestimmen, nicht für besugt halten, den Artikel 48 für ihre rein parteipolitischen Bestrebungen anzuwenden.“

Die Inflation haben wir stets als ein Verbrechen in der höchsten Form gebrandmarkt, so daß es überflüssig ist zu sagen, daß wir und niemals eines ähnlichen Verbrechens schuldig machen werden. Wenn ungemeinlich wie diese Unterstellung ist der Bericht, die Dinge so darzustellen, als ob eine von uns getragene Reichspolitik notwendigerweise die Arbeitnehmerschaft in eine geschlossene Abwehrfront hineintrücken müßte. (Vebh. Zustimmung.)

Wir weisen diese Unterstellung, die das leichte, vermeidliche Mittel zur Behauptung der Herrschaft darstellt, als völlig unbeweisbar und als Insulte schärfstens zurück. (Vebh. Beifall bei den Nationalsozialisten.) Wir bedauern außerordentlich, daß der Reichstagsanzüger seine Bedenken hatte, sich dieser böswilligen Missdeutung einer bewußt nationalsozialistischen Politik zu bedienen. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.) Wir allein suchen die Voraussetzungen für eine Wirtschaft, die allen ein ausreichendes Existenzminimum verbürgt und den Sinn der Arbeit wieder herstellt.

Vornehmlich um des Arbeiters willen haben wir unseren Kampf gegen die Verflachung des Volkes und der Wirtschaft, gegen Tribut und Erfüllungspolitik geführt.

(Handelskrisen bei den Nationalsozialisten.) Die NSDAP hat stets die verantwortungsbewußte paritätische Mitarbeit der berufständischen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gefordert. Diese Grundlage werden auch in einer kommenden, von uns geführten nationalen Regierung maßgebend sein. (Vebh. b. d. Nazos.) Über alles steht für und der Satz: Gemeinsam vor Eigenart! Das gleiche Recht auf Schutz seiner Arbeit und seiner Leistungen im Rahmen des Volksangebots können wir jedem anderen Berufsstande zu.

In einigen Punkten ruht die Regierungserklärung auf nationalsozialistischen Forderungen. Indessen wird die Regierung nach unserer Überzeugung nicht läbig sein, diese Probleme zu lösen, weil eben nationalsozialistische Forderungen selbstverständlich nur von Nationalsozialisten in die Praxis übertragen werden können, niemals aber von unzulänglichen oder gar böswilligen Nachbarn. (Vebh. Beifall b. d. Nazos.) In der Außenpolitik hat sich die volle Unfehlbarkeit und Ergebnislosigkeit der Arbeit des Kabinetts Brüning gesetzt. In allen lebenswichtigen Fragen mußten verheerende Niederlagen mit in Kauf genommen werden. Es landet sich kein Anzeichen des Willens, die Voraussetzungen für eine anders geartete und dem Reichsinteresse entsprechende Außenpolitik zu schaffen.

Wir fordern Wehrhaftigkeit, nicht, um einen Neuanfangskrieg zu entfesseln, sondern weil die Voraussetzung ist für die Gleichberechtigung Deutschlands.

Die Politik Frankreichs ist nach wie vor die französische Wehrhaftigkeit nicht für Deutschland, sondern für ganz Europa. Wir sind nichtsdestoweniger zu jeder Verteidigung auch mit Frankreich bereit, wenn dabei den Lebensnotwendigkeiten für unser Volk Rechnung getragen



Von der Eröffnung
des deutschen
Reichstages

Die Abgeordneten begeben sich unter dem Kreuzfeuer der Photographen und Kinoleute in den Reichstag

Deutsche-Presse-Photo-Zentrale

wird. (Sturm. Hört, hört! S. d. Regierungsparteien u. linz.) Die ungeschickte Behandlung wichtiger außenpolitischer Fragen hat nicht nur unter Ansehen im Rat der Völker schwer geschädigt, sondern auch den Frieden gefährdet. (Beif. b. d. Ratsitz.) Vordringliche Aufgabe der deutschen Außenpolitik ist planmäßige Förderung eines Bündnis-systems mit den Völkern, die unter dem Verfall der Vertrag ebenfalls leiden. Wir machen der Regierung Brünings ausdrücklich zum Vorwurf, daß sie, wie alle ihre Vorgänger, im Kampfe gegen die Kriegsschuldenflagge verfangen verlagt hat. Wir können ihr deshalb auch auf außenpolitischem Gebiete nicht das mindeste Vertrauen entgegenbringen.

In der Zusammenlegung des Reichswehr- und Reichsinnenministeriums seien wir eine verhängnisvolle Belastung der Reichswehr mit politischen Abstimmungsbeschränkungen. Unsere Armee darf nur für wehrpolitische Fragen in Anspruch genommen werden."

Dr. Erich Schlecht mit den Worten: "Wir sprechen dem Kabinett Brünings unser Mittrauen aus und erwarten die Zustimmung aller vollbewilligten Mitglieder dieses Hauses. Wie betonen unseren unbegrenzten Entschluß, nicht zu ruhen, bis wir im Bewußtsein unserer Verantwortung und Kraft die Führung der Nation zum Wohl seiner werktäglichen Söhnen halten. Unsere Regierungserklärung wird kurz sein. Sie wird lauten: Kraft und Wille, Freiheit, Arbeit und Brod." (Vorangehender, lärmischer Beifall bei den Ratsitz, die darauf geschlossen unter heiteren Läufen den Saal verlassen.)

Abg. Stemmle (Komm.) sagt der Regierung schärfsten Kampf an.

Als nächster Redner erhält der

deutsch-nationale Fraktionsführer Dr. Oberloheen

das Wort. (Die Rechte erscheint langsam wieder im Saale.) Damit sein Amt bestätigt, so erklärt der Redner, will ich feststellen, daß wir nicht in den Reichstag zurückgekommen sind.

Die Parteipresse zur Brünning-Rede

Zustimmung nur beim Zentrum

Berlin, 13. Okt. Die ersten Mittwochsmorgenblätter haben sich bereits mehr oder weniger eingehend mit der ersten Reichstagssitzung, die ganz von den Ausführungen des Reichskanzlers ausgefüllt war, Gedankenlosie Zustimmung findet der Kanzler nur in der "Germania", die seine Ausführungen eine mutige Rede nennt. Sie war der eindrucksvolle Reichshistoriker, das persönliche Bekennnis eines furchtlosen Mannes, der trotz aller Dope und Intrige, trotz aller Verleumdung und hässlicher Agitation entschlossen ist, den steinigen Weg des sachlichen Niedrigen und Notwendigen weiterzugehen. Nicht zuletzt hat die Rede aber auch politisch eine bedeutsame Wirkung gebracht. Der Kanzler hat die Parteien vor einer großen gesellschaftlichen Verantwortung achtet. Wir sind überzeugt, daß die Mehrheit dieser Verantwortung erkennt und ihr gemäß handeln wird. Der Tag schreibt: Der tieferliegende Zweck der großen politischen Rede des Kanzlers war der, die wankende Mitte unter Druck zu setzen. Es wird wieder einmal ein Wechsel auf die Zukunft vorbereitet, wie wir das schon wiederholt erlebt haben. Man will endlich Taten sehen. Die Lage braucht im Lande ist anders als hier im Hohen Hause, die Wirklichkeit anders als die Rede des Kanzlers. Innerhalb des geltenden politischen Systems war sie zweifellos eine Vision. Aber eben deswegen, weil mit diesem System eine Lösung nicht gefunden werden kann, ist die nationale Opposition der Sitzung ferngeblieben und bringt damit ihren Standpunkt auf das wirkliche zum Ausdruck. Die "Nationalliberale Correspondenz" spricht von einem "Rechenschaftsbericht": Oft, ehrlich, lachlich, vorherrschend, aber wo waren die entscheidungslosen Taten in sechs Monaten der Regierung? Eine klense Stütze steht vor. Wer wie er den Mut zur Unpopulärität in fast stresemannschen Formulierungen beweist, der sollte ausschreiten, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Des Eindrucks, daß ein ehrlicher Mann von Verantwortung seinen Bericht gab, entzog sich das Haus nicht. Die Hoffnung aber, daß er ein entschlossener Führer durch das Unterseit sein werde, hat kaum an Kraft gewonnen. Die "A. G." bemerkt: Das Programm Dr. Brünings ist das Programm eines vorausbewußten und verantwortungsbewußten Mannes. Es hat nur den Fehler, daß er es mit der Macht-konstellation, auf die er sich stützen zu müssen glaubt, und mit dem Kabinett, das er gestern präsentiert hat, kaum wird durchführen können. Das "A. T." spricht in der Überschrift von einer starken Angriffsrede Dr. Brünings und von einem starken Eindruck im Reichstag, schreibt aber dann: Wer die Regierung in dieser Woche gegen den Ansturm ihrer alten und neuen Gegner schützt, stellt sich nicht vor die grenzenlose Ausdehnung der Selbstherrlichkeit des Staatsorgans, vor die stellenweise schon deutlich hörbare und fühlbare Sprengung der Wälle, die den modernen Rechtsstaat umstürzen. Nicht wäre verhängnisvoller, als wenn die Regierung die mühsamen Versuche, noch einmal eine Mehrheit im Parlament für sie zu sammeln, so gründlich mißdeutete.

Das Handwerk zur Notverordnung

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichsverband des Deutschen Handwerks und der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag haben in einer ausführlichen Eingabe an den Reichskanzler zur dritten Notverordnung Stellung genommen, die zugleich auch den zuständigen Ministerien und Fraktionen des Reichstags übermittelt wurde. In der Eingabe wird erklärt, daß

das Handwerk in den Maßnahmen der Reichsregierung die große leitende Idee, den schöpferischen Gedanken vermisst, der das deutsche Volk aus der mittleren Not in eine bessere Zukunft weise.

Eine grundsiöpliche Wandlung der bisherigen Methoden der deutschen Finanz- und Sozialpolitik in ihrer Wirkung auf die deutsche Wirtschaft, die namentlich die Lebensfähigkeit des gewerblichen Mittelstandes erhalte und stärke, bleibe dringendes Gebot. Für den geplanten deutschen Wirtschaftsbeirat nehmen die Spitzenverbände des Handwerks Bezug auf ihre Eingabe vom Juli d. J., in der die Reichsregierung erfuhr, bei allen Maßnahmen einen sachverständigen Vertreter aus dem Handwerk zu beteiligen. Nachdem jetzt die Bildung eines Wirtschaftsbeirats bei der Reichsregierung angekündigt sei, werde die Bitte an das dringendste wiederholt. Um einzelnen treten die Spitzenverbände für eine Uebergangsregelung zum Finanzausgleich ein, um die ungewöhnliche Behandlung der Steuerpflichtigen zu verhindern. Die vorstehende

Senkung der Handelssteuer sei ungerechtfertigt.

Auch die Aufhebung der Wohnungsbausatzwirtschaft habe nunmehr zu erfolgen. Für die beobachteten

men sind und nicht im Staatstag aufzutreten, um ein parteipolitisches Palaver zu führen.

Wir sind uns gekommen, um Abrechnung zu halten.

Wir kommen in diesen Meitwoch, um eine Kriegsausgabe zu überbringen, diesem System und seinen Trägern. Wir halten den Zeitpunkt für gekommen, um festzustellen, daß diejenigen, die nichts vorzubereiten haben, und die infolgedessen das deutsche Reich nicht wenden konnten, endlich antreten und Platz machen müssen den Kräften, die Weg und Ziel der Rettung kennen.

Der Dingeldey hat in einer Rede vom vorigen Sonntag, in der sonst allerhand sarkastische Anfälle aufsteller waren, die Bedeutung aufgestellt, die nationale Opposition habe mit ihrer Selbstauskaltung und ihrem Auszug aus dem Reichstag einen ungeheuer schweren Fehler begangen. Ich habe einen Eindruck, daß Herr Dingeldey noch sehr wenig Kontakt mit der wirklichen Bewußtseinverfassung der deutschen Bevölkerung hat.

Wir haben es gar nicht nötig, den Alt, den wir damals vollzogen haben, irgendwie zu rechtfertigen, denn ein Werk von Zustimmung brachte der nationalen Opposition entgegen, als sie damals aus dem Reichstag auszog.

Mit diesem parlamentarischen Hin und Her, mit dem Ausfallen von Eingeborenen für Berufstände usw., wollen wir nichts mehr zu tun haben. War es nicht unerhört, daß man damals unter offenem Druck der Reichsverfassung die Geschäftsausordnung geändert hat? War es nicht unerhört, wie damals eine Mehrheit von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei sich gegenüber der nationalen Opposition, insbesondere den Nationalsozialisten, verhielt, indem man erklärte, daß man alle Strafversetzungsanträge unbedingt genehmigen werde? Man wollte die Opposition dem Strafrichter austesten und sie damit mundtot machen, doch man ließ sie Gefängnis werfen. Das sind Methoden, die wir Ihnen einmal hundert- und tausendfach beizubringen werden. (Tumultischer Beifall rechts.)

(Bei Ende der Redaktion dauert die Sitzung an.)

Die Gegenrechnung der Sozialdemokratie

Berlin, 14. Okt. Im sozialdemokratischen "Vorwärts" finden sich unter der Überschrift "Unsere Reaktion vorwärts" die Anträge, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion jetzt einbringen wird und die zugleich als programmatische Forderungen bezeichnet werden. Der erste Antrag betrifft die "Notverordnung". Danach sollen die Sonderregelungen ermodigt werden, alle Leistungen aus Verträgen und Vereinen aus ehemaligen Gütern und Mitgliedern der standesberüchtigten Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen und die ganze Frage einer Neuregelung auszuführen. Der zweite Antrag bezieht sich auf die Senatsfürsorge und soll eine "wirksame Verstärkung der völlig unsatisfakten Vorrichtungen der Notverordnung" bringen. Sämtliche Renten sollen auf höchstens 12.000 Mark gefestigt werden, und jedes sonstige Einkommen von mehr als 4000 Mark soll Abzinsung finden. Ein weiterer Antrag bezieht sich mit der Herabsetzung der hohen Einkommen in der Privatwirtschaft und beschreibt diese Bestimmungen als ungerechtfertigt. Die Sozialdemokratie fordert, daß alle Gehälter und Pensionen in der Privatwirtschaft über 12.000 Mark um 20 bis 50 Prozent zu sinken seien. Wenn ein Unternehmen diese Auflage nicht oder nur unvollständig durchführt, so soll der Unterschiedsbetrag in der Form einer Sondersteuer an das Reich abgeführt werden. Ein weiterer Antrag wird eine aufzulösende Naturalhilfe für die Erwerbslosen in der Form gefordert, daß die bisherige Geldunterstützung bestehen bleibt, daneben aber Kartoffeln und Käolen zugeliefert werden. Schließlich befassen sich die sozialdemokratischen Anträge mit dem Tarifrecht und verlangen von der Reichsregierung, alle Pläne und Forderungen auf Beleidigung oder Ausschöpfung des Tarifrechts abzulehnen und besonders die Anträge auf die Unabhängigkeit des Tarifrechts abzuwehren. Schließlich sollen die Notverordnungen durch Befreiung und befreit werden, daß die Sozialver sicherungen herabzulehnen, aufgeschoben wird. Die Sozialdemokratie verlangt die gleiche Streichung dieser Bestimmungen.

Das ist nun die Gegenrechnung, die von der Linken dem Reichskanzler Dr. Brünning aufgemacht wird, und der Kaufpreis, für den er die sozialdemokratischen Stimmen erhalten soll.

Die Jesuiten werden aus Spanien ausgewiesen

Madrid, 14. Oktober. Die spanische Nationalversammlung hat nach vierstündiger hämischer Sitzung mit 178 Stimmen gegen 50 die Ausweisung der Jesuiten aus Spanien und die Beschlagnahme ihres Eigentums beschlossen. Für die übrigen Religionsgesellschaften wird ein Sondergesetz geschaffen, das den religiösen Orden die Ausübung des Unterrichts verbietet und das die Verhafung ihres Priesters ermöglicht. Schließlich wurde die Aushebung des Haushalts für Aktion und Kult in der Verfassung niedergelegt.

Die Genfer Fern-Ost-Beratungen

Genf, 14. Okt. Der Vorsitzende des Völkerbundsrates, Orland, hatte heute vorzeitig die Mitglieder mit Ausnahme der Vertreter Chinas und Japans zu einer vertraulichen Vorberatung eingeladen. Wie verlautet, soll u. a. in der Konferenz erörtert werden, in welcher Form die Vereinigten Staaten bei der Behandlung des chinesisch-japanischen Konflikts mitwirken werden. Man spricht davon, daß ein Vertreter der Vereinigten Staaten als Beobachter an den Ratssitzungen mit beraten der Stimme teilnehmen soll. Besonders aufgefallen ist hier, daß Orland, vermutlich einem Wunsche der kleinen Staaten folgend, neben nicht nur die Grobmächte allein, sondern auch die anderen Staatsmitglieder zu der Versprechen gebeten hatte.

Japans Bedingungen an China

London, 14. Okt. Britische Meldeungen aufgrund erklärte des diplomatischen Corps, daß Japan beschlossen habe, in unmittelbaren Verhandlungen mit China über die Einstellung der japanischen Operation in der Mandchurie folgende Bedingungen zu stellen:

1. Einführung aller japanseidlichen Propaganda in China, besonders auch Fortpflanzung japanseidlicher Anspielungen in chinesischen Schulbüchern. — 2. Endgültige Anerkennung der japanischen Rechte in der Mandchurie. — 3. Verhandlungen zwischen Japan und China in Nanjing, ferner in gewissen anderen Städten unter Zustimmung der britischen mandchurischen Behörden.

Selbstselber Meldung aufgrund das japanische Kriegsministerium den Oberbefehlshaber in der Mandchurie, General Ono, angewiesen, jeden Anhänger einer weiteren Verstärkung der Lage zu vermeiden.

Nach einer Mitteilung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion hat das japanische Kriegsministerium angeordnet, daß verschiedene Transporte der Armeen, die in Peking und Canton liegen, sich möglichst halten sollen. Nach anderen Meldeungen sollen weitere etwa 8000 Mann nach China gesandt werden, um den japanischen Militärtroop zu verstärken.

Auf Matuschka Spuren

Berlin, 14. Oktober. In der Ortstadt Caputh bei Potsdam, die schon in den ersten Erörterungen über das Ritterboger Attentat genannt wurde und wo erst vor einigen Tagen größere Sprengstoffmengen gefunden worden sind, hat sich gestern ein Chauffeur, der als sehr zuverlässig gilt, beim Amtsvoivod gemeldet und mitgeteilt, er erkenne in den veröffentlichten Bildern des Matuschka einen Mann, der ihm zwei Tage nach dem Ritterboger Attentat in Caputh beigegeben war. Der Ritterboger Attentat in Caputh am 14. September 1931.

Kriminalrat Gennat ist mit Kriminalkommissar Dr. Berndorf vom Berliner Polizeipräsidium in Wien eingetroffen und hatte bereits Gelegenheit, einem Verhör mit Matuschka beizuwohnen.

Polnisches Buchhausurteil gegen einen deutsichen Beamten

Ostrows, 14. Oktober. Vor mehreren Monaten wurde der deutsche Kriminalbeamte Anton Preiß aus Namslau (O.S.), der bei Glauchau (Kreis Kempen) verdecktlich die polnische Grenze überschritten hatte, von einem polnischen Grenzsoldaten entwaffnet und festgenommen. Vor dem Obersprechergericht in Ostrows land gestern der Prozeß gegen Preiß statt. Er sah nach der funktionalen Untersuchung fast angeklagt aus. Nachmittags wurde das Urteil verkündet, daß ihn zu zehn Jahren Buchhaus verurteilt. Preiß sei der Spionage überführt. Der Verdediger hat gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt.

Dritte Reihe

Im Tempel
Dortinger verkündete

Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Der Vorst. Die Wahrheit wird an entlassen Angelika einer einstimmigen beider Drittel, die

Generaldirektor wider Willen

ROMAN VON CARL OTTO WINDECKER

Copyright 1930 by C. O. Windecker

Erstes Kapitel

Die Saison hatte bereits begonnen. Elegante Frauen, Begleitung ihrer Kavalere, promenierten plaudernd am Strand. Autos jagten in nie endender Reihe vorüber, von den Promenaden-Gässchen her langen Tanzweisen. Ein dufsiges, frohes Bild, das die Sonne des Südens überstrahlte.

Gaston Audet zog den Krügen seines Sommermantels hoch. Er hielt es für überflüssig, dass die Passanten seinen Smoking trugen, den er schon jetzt am frühen Nachmittag — weil ihm weiter nichts gebildet war. Ein kurzes Lächeln huschte über sein junges Gesicht, während er aus zusammengekniffenen Augen die vorübergehenden Menschen betrachtete.

Er gab sich heute die leichte Chance. Die allerleicht. Genau tausend Franken hatte ihm der Händler für seine überflüssigen Kleidungsstücke gegeben. Und überflüssig waren sie alle gewesen, bis auf diesen Smoking, den er am Spieltisch brauchte.

Tausend Franken. Wenig genug. Aber vielleicht — vielleicht — er hatte immer im Leben einen wenig Glück gehabt. — Gaston hob die Schulter, er war siebengeblieben. Eine verfehlte lächerliche Kultivation.

Vom Strand wandte er sich zum Gehren, und schritt die Promenade entlang. Auch die Pistole befahl er ja noch. Das war die zweite Möglichkeit. Eine dritte gab es nicht mehr.

Ein geradezu phantastisches Pech hatte ihn die letzten Tage und Wochen verfolgt. Einmal auf Einsam verschwund, kleine Beweinungen zählten nicht vor den ungewohnten Verlusten, die ihnen folgten.

Gaston blieb wieder stehen. Vor ihm, am Geländer der Promenade, schwante ein junges Paar. Deutlich offensichtlich, — sie hielten sich unterlaßt und sahen wortlos, füllig auf das Meer hinaus. Ein Hochzeitspaar vielleicht, — er wohl ein kleiner Angehöriger, der sich diese Stelle von seinem beschiedenen Gehalt abgespart haben möchte. — Gaston schritt langsam weiter.

Die Tage waren noch kurz. Er hatte sich auf eine Bank am Strand niedergelassen und zog den dünnen Mantel fester um sich. Ein paar hundert Meter weit von ihm entfernt machten eben die ersten anziehenden Segeljachten fest. Menschen im eleganten weißen Sportrock standen um die Boote herum und plauderten.

Eine kleine sorgende Frau . . .? Ein eigenes Heim und eine Aufgabe; nicht mehr zwecklos sein, dem Leben einen Sinn geben . . . er bis die Söhne aufeinander, um sich nicht unterkriegen zu lassen.

Heute war ja doch noch eine Chance — oder die andere. Er hatte lange gehofft. Die Sonne lag nun schon blutrot auf dem Meer, in entfernten Hörnern blögten die ersten Lichter auf. Der Trubel auf den Promenadenwegen ließ nach, — man rückte sich zum Sonnen.

Gaston nahm, nachdem er sich verichert hatte, keine Zigaretten zu haben, die Privatsache aus dem Auge. In seinem Ausweis — Venturini des 6. französischen Kolonialregiments. Major, lauteten seine Verhältnisse — lagen die Geldbörse. Zehn zertifizierte, bunte, nach Pariser Richtung Hundertfrancennoten. Gaston überreichte sie kurz. Nein — er würde heute abend nicht tanzen. Später — oder überhaupt nicht mehr.

Die Pistole fiel schwer in der Tasche. Gaston ging langsam weiter. An dünnen Restaurants schritt er vorüber, aus deren offenen Türen Bratengeruch stieg. Er nahm den Hut ab. Wie heißt ihm war.

Auf die Vorübergehenden achtete er nicht mehr. Langsam schlich die Zeit. Endlich war es nun Uhr. Seit einer halben Stunde war das Casino gesperrt.

Gaston sah den Portier in seiner prunkvollen Uniform nicht an, als er das Casino betrat. Auch die Detektive im Gut beachtete er nicht. Mit gesenktem Kopf schritt er über die schon ein wenig verbraucht und schäbig gewordene Teppiche, legte Hut und Mantel ab und hand gleich darauf im Roulettecasino.

Die Plätze waren noch nicht alle besetzt. Gaston zwang sich zur Ruhe, aber er einen Stuhl nahm.

Langsam, obgleich seine Hände älterten, zog er die erste Hälfte seines Vermögens — und verlor.

Die neuesten Radio-Apparate sehen Sie auf der

Funk-Schau bei freiem Eintritt im Konzertsaal Musikhaus

vom 8. bis 20. Oktober

gelebten — nur einmal sein Bild in einer mondänen Wobe gesehnen, — das eine frappante Ähnlichkeit mit seinem eigenen Gesicht aufwies. Seifam.

Amüsiert den Familien. Audet und Hauchat gab es keine Verbindung, höchstens Oak. Sein Vater hatte ihm die Geschichte einmal erzählt. Sie war schmula genug. Gastons Vater, der von Anfang an gegen die Heirat seiner Schwester mit dem hochfahrenden, geldstolzen Industriellen Audet war, hatte, Jahre später, Audet irgendwann einmal um Geld bitten müssen. Seine eigene Stellung ging davon ab. Die Form der Ablehnung, die billige Schadenfreude Audets zerstörten jede Bindung und machten die Feindschaft zu offenen Hass.

Und um nur 10.000 Franken.

„Sie will mir ich dir schenken“, hatte Audet gesagt, „aber leihen — keinen Centime.“

Das lag nun lange zurück. Der alte Hauchat war tot. Die beiden Söhne mussten heran und hielten sich ohne sich zu kennen.

Gaston überlegte. Diese Gelegenheit war gut. Heute konnte er heimzahlen, was seinem Vater sein Leben lang debütierte. Heute. Gleich. Und diesmal ging es nicht um 10.000 Franken. Heute ging es um alles. Um das eigene Dasein. Gaston nahm die Pistole aus der Tasche und wog sie leicht in der Hand. Vorsichtig, bedächtig, zog er den Revolver zurück und spannte die Waffe. Das leise Knallen des Metalls klang seltsam in ihm nach. Heute würde er heimsuchen. Ausgleichen. Und wenn es nicht freimäßig ging . . . Er lachte kurz auf. Er bis sich fest in die plötzlich erwachten Oak. Die Erinnerung an sein eigentliches Vorhaben, an seine eigene Hoffnungslösigkeit verblaßte. Ingrimmig, verzweifelt sah er noch tiefer verdammt. Angst und verdorbt sich selbst, sie sich einzusehen.

Es galt, Blaue zu nehmen. War es nicht so?

Mit plötzlichem Entschluß stand er auf. Sorgsam setzte er die Zeitung wieder zusammen und schob sie in die Manteltasche. Das sah so besser aus. Einmal von der Stimmlage war in ihm, wie früher, wenn der Befehl lautete, mit einer kleinen schwachen Truppe ein rebellisches Arabernest auszubauen, dessen starke Übermacht von vornherein feststand.

Er versuchte, vor sich hinzupeifen, aber es war nur ein Fluss, der über seine Lippen kam.

Fünf Minuten später erkundigte er sich bei dem Portier des Hotels Mediterranee nach der Zimmernummer des französischen Industriellen.

„Sie brauchen mich nicht anzumelden“, sagte er. „Mr. Audet erwartet mich . . .“

Jean-Marie Audet, Inhaber der Ana-Werke, sah mit aufgestützten Armen, den Kopf auf die geballten Fausten gelegt, vor dem Schreibtisch seines Zimmers im Hotel Mediterranee. Berge von Akten und Dokumenten, Mappen mit Korrespondenzen lagen vor ihm, durchblättert, durchwühlt. Wer ist dieser Mann hätte ins Gesicht schauen können, hätte erkannt, dass er weit eher einen Verschworenen vor sich hatte als den reichen Industriellen, der für ein paar Wochen ausspannte, um hier in Monte einige hunderttausend Franken zu verstreichen.

Heute, genau vor einem Jahr, hatte er hier im gleichen Zimmer gekämpft — um abzureißen. Draußenwohn. Nur fort. Weg. Nicht gekämpft er sich, das seine Abreise nach den französischen Kolonien — damals — eine Reise unter dem Vorwand, seinem mit großen Schwierigkeiten kämpfenden Werk neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen — im Grunde der gleichen Regung entsprang, die ihn jetzt noch beherrschte: Flucht. Manz ehrlich und einfach: Flucht. Vor dem Kampf um sein Werk? Vor den ansehnlichen Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellten? Oder — vor sich selbst? — Audet war nicht der Mann, der in Versuchung geriet, sich selbst auf diese Fragen eine Antwort zu geben.

(Fortsetzung folgt.)

Hultsch
Zwieback

dieser leicht verdauliche, durchgedrehte Zwieback wird Ihnen frischen Magen helfen. Paket nur 20 Pf. überall erhältlich.

Heinrichsthaler Fettkäse —
— ein Genuss!

H. Bock Nfl., Prager Str. 9

Mitglied im Reichsverband Deutscher Funkhändler

Wollen Sie

Haarausfall, Glätte, Graue Haare

Leichtes u. brüderliches Haar, kreisf. Haarschärfel etc. mit Erfolg beseitigen, dann wählen Sie nicht irgendwelche Mittel, sondern lassen Sie sich vom erfahrenden Praktiker beraten und individuell behandeln. Institut L. sonnella, Kosmetik, spez. Haarbehandlung, Cransbach, 15, L. 1000. Spezialität 8-10 u. 5-7 Uhr, außer Mittwochs u. Sonntags. 20-jährige Praxis. Haaruntersuchung kostenlos

Der Fachmann kann.
Es wundert sich der Pale!

Ein Eisenbahnzug

mit weite

25 Waggons Möbel

enthält mein großes Lager

Speise-, Herren-, Schlafzimmer

Rüben und Einzelmöbel

Möbel-Machts

Haushalter, Kaufhausstr. 31, I.

Wenn keiner macht?

Oswald Macht

Kaufhausstr. 31, I.

Echte Kappler Schleißbüfflinge

goldbraun gesäubert, engl. als langjähr. Spez.

Markert & Weigold

nur Zeilestrasse 3

Waffelbrück

Möbel trifft wieder zu haben

Waffelbrück Kaiserstr. 92/94

S. Voßmann & W. Kromak's Edam

Einzelverkauf 8 bis 14. Sonntags 8 bis 4 Uhr

Echte Kappler Schleißbüfflinge

goldbraun gesäubert, engl. als langjähr. Spez.

Markert & Weigold

nur Zeilestrasse 3

Tiedemann & Grafis

Weinhandlung und Weinstuben

Seestraße 9

Süße, preiswerte Weine, Flasche von RM. 1.— an

Weinstuben mit erstklassiger Küche, kleine Treppen-

Zimmer für Besprechungen und Veranstaltungen.

Trinkt deutschen
Wermutwein
Marke Schinke
ist altbewährt, kostet jeder

Zu haben in Apotheken, Drogen-, Feinkost- u. Weinhandl.

Polstermöbel

Neuanfertigung, Aufpolstern, Modernisieren

Auffärbungen abgenutzter Ledermöbel

Ruf 29563

D. M. 101 (14. 9).
Br. n. zch. 7. N. Sch.

Elavierstimmer

Goram, Elizanstr. 84
Tel. 61722

Bürgerwiese 12

Boden Donnerstag frisch!

Münchner Weißwurst

Regensburger Knackwurst

Vangerwurst, Münchner Senf

Markert & Weigold

nur Zeilestrasse 3

10% Rabatt

Umreissen und Reinigen

an Damen- und Herrenkleid. Hutfabrik Voßmannstr. 10.

RM. 2.50

Auf meine erheblich herabgesetzten Preise
gewähre ich noch

10% Rabatt

Börsen - und Handelsteil

Die Dresdner Industrie- und Handelskammer zur Lage Eine ernste Mahnung

Die seit den Krisentagen dieses Sommers bekanntgewordenen Verlautbarungen zahlreicher Interessenvertretungen lassen erkennen, daß unter dem Druck der Krise des Augenblicks und der alles beherrschenden Sorgen um die allernächste Zukunft Forderungen an die Reichsregierung, an die Reichsbank und andere maßgebenden Stellen gerichtet werden, die Widersprüche in sich enthalten, oder solche, die nur Erleichterungen für den Augenblick erfordern, ohne die noch gründlichen Gefahren zu berücksichtigen, die die Erfüllung solcher Forderungen für die weitere Zukunft bringen müßte. Bei allem Erfassen des Ernstes der Gegenwart scheint man dabei scheinbar allzu häufig, diejenigen Notwendigkeiten ins Auge zu lassen, die sich aus unserer Lage unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher dauernder Abhilfe ergeben müssen. Meist bestrebt man sich auch auf die Herausstellung allgemeiner Steile, über die im Grunde genommen keinerlei Wege zu diesen Zielen aufzutragen.

Aus der Überzeugung heraus, daß es unabdingbare Aufgabe vornehmlich der amtlichen Berufsvorstellungen von Handel und Industrie sowie deren Spitzenorganisationen ist, mit unerbittlichem Ernst und schonungsloser Klarheit, feste die Probleme zu Ende zu denken, die sich aus der gegenwärtigen Kreditlage ergeben, und daraus die Notwendigkeiten zu ziehen, legte die Kammer Anfang September dem Deutschen Industrie- und Handelskongress und einer größeren Zahl von Kammern und Kammerverbänden gegenüber u. a. folgendes dar:

L

Es genügt nicht, wenn man allgemein gehaltene Forderungen aufstellt und es bei den Gegenständen beweisen läßt, auf deren Gestaltung die Wirtschaft feinerdet oder nur geringen Einfluß hat. Gerade die Kammern sind u. E. dazu berufen, der Reichsregierung ihre überaus schweren Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiete dadurch zu erleichtern, daß sie

In den Meilen der Wirtschaft klare Erkenntnis über die Lage verbreiten, zur freimütigen Selbsthilfe und Unterordnung

dort aufrufen, wo ein Zwang vermieden werden kann und Zwangsmäßigkeiten, wenn sie unvermeidlich und richtig sind, auch gegen die privatwirtschaftlich oft berechtigten Wünsche der davon betroffenen Kreise unterstützen.

IL

Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, stellt sich uns die Lage folgendermaßen dar:

1. Das Ergebnis der bisherigen Stabilisatorverhandlungen

Ist derart, daß noch weiterhin mit größeren Ablehnungen von Auslandsabnahmen gerechnet werden muß; soweit dies nicht möglich ist, steht zu erwarten, daß auch der Rest unserer kurzfristigen Auslandsverpflichtungen im kommenden Frühjahr fällig werden wird. Das Gutachten der Volks-Sachverständigenkommission bringt unweigerlich zum Ausdruck, daß eine Konföderation dieser Schulden von politischen Voraussetzungen abhängt u. l. Nach der bisherigen Entwicklung können wir uns nicht darauf einstellen, daß diese Voraussetzungen dann erfüllt sein werden.

2. Die bisher schon erfolgten Ablesungen haben die Plausibilität der deutschen Banken auf schwere erschüttert. Die Auswirkung dieser Lage auf die Kredithalter der Banken ist nur dadurch bisher verhindert worden, daß die Reichsbank Wechsel in ungewöhnlichem Umfang aufgenommen hat.

Sie ist hierzu in der Lage gewesen, weil sie ihrerseits einen Kreditkontredit von 600 Millionen in Anspruch genommen hat, mit dessen Rückerstattung im nächsten Frühjahr ebenfalls gerechnet werden muß.

3. Wenn wir mit dem Deutschen Industrie- und Handelskongress auch darin einig sind, daß die Währung an sich durch eine

Unterschreitung der Deckungsgrenze von 40 % keineswegs gefährdet

wird, so ist es doch u. E. falsch, die Deckungskurve allein unter diesem Gesichtspunkte zu beurteilen. Das Verhältnis der Reichsbank auf Grund der Deckungskurve muß schon deshalb unter allen Umständen untersucht werden, weil ja zur Zeit ein großer Teil der bei ihr eingereichten Wechsel von ihr weitergegeben werden und die jetzige Deckung zum Teil nur geborgt ist.

4. Wir halten nach wie vor daran fest, daß die

Aufrechterhaltung unserer Währung oberstes Gebot für die Reichsbank sein und bleiben muß, und das alle, auch aus Kreisen der Wirtschaft stammenden Vorschläge, unsere Währung mittelbar oder unmittelbar zu verwässern, mit aller Energie abwehren werden müssen.

5. Hieraus ergibt sich, daß die Reichsbank gar nicht umhin kann, auf einen

Abbau der bei ihr laufenden Bankverpflichtungen hinzuwirken.

Dies hat zur Folge, daß auch die Banken ihrerseits zu einem gänzlich erheblichen Abbau der von ihnen gewährten Darlehen gezwungen sind. Forderungen, dieser Abbau möchte nicht rigoros und nicht ihremalig vorgenommen werden, haben wenig Wert. Gerade wenn man für die Aufrechterhaltung eines freien Bankgewerbes eintritt, muß man es den Banken selbst überlassen, nach pflichtgemäßem Ermessens diese Frage zu entscheiden.

6. Aus den vorliegenden Punkten ergibt sich, daß die gesamte deutsche Kreditpolitik unter keinem Umstand darauf abstimmen kann, in erster Linie für die Aufrechterhaltung von Arbeitsmöglichkeit in diesem Winter anlegen.

wenn wir nicht nach Ablauf dieses Winters einem Chaos eingegangen oder bewußt auf unsere letzte Stütze, nämlich die gelunde Währung, verachteten wollen. Es handelt sich hier bestimmt nicht um ein „Towohl — als auch“, sondern nur um ein unerlässliches „Entweder — oder“.

III.

Der ungscherte und noch immer weiter vergaßhende Kapitalmangel der deutschen Wirtschaft, die im nächsten Frühjahr bevorstehenden Fälligkeiten unserer Auslandsverpflichtungen und die Auslandslosigkeit vom Auslande neue Kreditlinie zu erhalten, machen es zur gebietserlichen Pflicht,

den Auf zur Selbsthilfe in allem Ernst aufzufassen, und konsequent durchzudenken,

welche Möglichkeiten zur Selbsthilfe bestehen. Man darf sich auch in Kreisen der Wirtschaft nicht damit begnügen, noch einem „Abbau der Steuern, Löhne und Soziallasten“ zu rufen.

1. Wenn selbstverständlich im Interesse der Selbstkosten eine Senkung der Steuern dringlich ist, so beginnt man sich doch in die Gefahr, nicht mehr ernst genommen zu werden,

wenn man gerade im Augenblick der schwersten Krise der Staatsfinanzen einen allgemeinen Abbau der Steuern verlangt, an den zur Zeit überhaupt nicht zu denken ist.

2. Die unbedingt notwendige Stärkung unserer Ausfuhr sieht in weitem Umfang eine Senkung der Selbstkosten voraus. Hierbei muß das

Kohiproblem

als vorbringlich bezeichnet werden. Solange jedoch nur in einer ganz allgemeinen Form nach Abbau der Löhne gerufen wird, wird dieser Auf wenig Erfolg haben. Es ist höchste Zeit, daß sich die Arbeitgeberverbände zusammen mit den amtlichen Berufsvorstellungen darüber völlig klar werden, ob sie den Lohnabbau erreichen wollen durch andere Handhabung des Schließungssystems, durch Fortfall der Zwangsabschöpfung, durch Kortfall des Schließungssystems überhaupt oder gar durch den Abbau des gesamten Tarifwesens.

3. Die Kartelle sollten nicht warten, bis durch Zwangsmäßigkeiten in ihr Preisystem eingegriffen wird, dies um so weniger, als die Kartelle Unterstellungen angehören der jeweiligen Wirtschaftslage vielfach doch nicht verhindern können.

Die ungewöhnliche Stabilität der deutschen Kartellpreise kann durch die befondere Lage der deutschen Selbstkosten allein nicht begründet werden. Gerade weil wir einen staatlichen Eingriff in die Preisfreiheit nicht möchten, halten wir es für dringend nötig, daß die Kartelle in allen Orten von den Zentralverbänden auf die Notwendigkeit gemeinsam werden, zu überprüfen, inwieweit ihre Preise einer ärgerlichen Anpassung an die gegenwärtige Lage bedürfen.

Dabei darf auch nicht übersehen werden, daß in vielen Fällen die Ausfuhrverhältnisse der Hettigindustrie dadurch verschärft werden, daß Roh- und Halbfertigprodukte nach dem Auslande billiger verkaufen als im Innlande. Drinnen benötigt die Wirtschaftlichkeit und die Verhältnisse der Kohlenindustrie oder wenigstens die des östlichen Braunkohlenfelds, die wir kennen. Die Versuche, unbillige Kohlenpreise, die dauernd heimlich unterboten werden, künftig zu halten, führen, wenngleich in unferem Beitrage, zu bedeutenden Rückschlägen und schädigen die Bestrebungen auf Abbau der Selbstkosten.

4. Eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben ist die

Mittelreicherung unseres Devisenbestandes.

Wir brauchen Devisen nicht nur zur Bezahlung unserer Einfüsse und zur Bezahlung und Abdeckung ausländischer Kreide (wohl schon jetzt mit der Vorförde für die Röntgenfelder im nächsten Frühjahr begonnen werden muß), sondern vor allem auch als Erfolg für die abgesogenen Kapitalien. Die

einzige Quelle hierfür ist ein möglichst hoher Ausfuhrüberschuss. Wenn nicht mit alter Macht auf dieses Ziel hingearbeitet wird, so ist nicht abzusehen, wie wir das nächste Frühjahr überstehen und auch nur die geringste wirtschaftspolitische Bewegungsfreiheit dem Auslande gegenüber wiederlangen wollen. Vor der gegenwärtigen Regelung des Devisenverkehrs, die in voraus unbillig kompliziert und in vieler Hinsicht unklar und lädenhaft ist, kann keinesfalls angenommen werden, daß sie zu einer sinnbaren Einsparung am Devisen führt. Wir wollen und aber alle Vorschläge zur Verbesserung des jetzt angewandten Systems erproben, da es in seinen Grundzügen falsch ist. Schon früher haben wir betont, daß das eigentlichste Ziel der jetzt ablaufenden Devisenpolitik nur auf dem Wege über wirksame Einführungserleichterungen erreicht werden kann. Wir bedauern, daß die Reichsregierung richtige Maßnahmen, die sie in dieser Richtung erarbeiten sollte, wie leider in so vielen anderen Fällen auch, ebenfalls wieder rückgängig gemacht hat. Wie sind hieraus für die Ausfuhr ergeben können, weitanschaulich werden?

a) möglichst geringe Behinderung der inländischen Produktion,

b) möglichst Schonung derjenigen Importländer, an denen wir als Exporteure besonders interessiert sind,

c) Schonung bzw. variable Behandlung solcher stark benötigter Waren, bei denen Preissteigerungen infolge Einführungserleichterung vollständig nachteilig wären.

5. Alle Versuche, weitere Kreditlage durch politische Importbeschränkungen zu erleichtern, sind abzulehnen. Die Wirtschaft muß sich klar sein, daß sie nur in einem freien Staate gebilligt kann, und muss deshalb selbst den Preisgeist aufbringen, der Regierung zu erklären, daß sie lieber schwere Einschränkungen auf sich nimmt, als einer immer weiteren und dauernden Abhängigkeit vom Ausland anheimzusehen. So solchen ablauffahrenden Plänen sind vor allem die Bestrebungen auf Schaffung weiterer Monopole, die als Kreditunterlage dem Ausland überlassen werden sollen, zu rechnen. Das Beispiel des Hindenburgmonopols darf unter keinen Umständen nachgeahmt werden.

Wir sind uns bewußt, daß die oben aufgezählten Selbsthilfemaßnahmen keineswegs ein Gesamtprogramm darstellen. Uns scheint es vor allem wichtig, daß die Wirtschaft und ihre Vertreter nicht wie am Ende des Jahres und 1923 gegenüber den ungeheuren Schwierigkeiten im Verhagte versagen und tapferlos die Ereignisse über sich vereinbrechen lassen. Es gilt, alle Kräfte wachzurütteln und sich darauf zu konzentrieren, welche Möglichkeiten bei der Wirtschaft selbst liegen, um der zu erwartenden Sturmflut einen Damm zu schaffen.

Die Auslandsbörsen am Dienstag Nebenwiegend schwach

Am Dienstag kam an der

Newyorker Börse

das Geschäft nach der Verkehrsrüttelung nur schleppend in Gang. Die vorliegenden Nachrichten boten nur wenig Anregungen, und die Kursveränderungen hielten sich zunächst in engsten Grenzen. Der Unterton war anfangs weiter gänzlich freundlich auf Grund von Erwartungen, daß die Meldungen aus Industrie und Handel in der nächsten Zeit etwas günstiger laufen werden. Bei mäßigen Umläufen kam im Verlaufe eine schwächere Tendenz zum Durchbruch. Die Suspensions der Maklerfirmen County Bros. wirkte verhältnismäßig, und unter Realisationen ergaben sich nach und nach Kurzabschläge bis zu 5 Dollar, zumal die erneute Un Sicherheit über die politische Entwicklung im Auslande die Unternehmensmoral stark hemmte. Die Börse schloß in recht schwacher Haltung.

Die Londoner Börse

zeigte ein überwiegend schwächeres Aussehen. Die Unsicherheit bezüglich der politischen Entwicklung im Innern und Auslande beeinträchtigte den Abschluß neuer Engagements, und die Kurse gingen mangels andrernder Kauflust auf fast allen Marktgebieten zurück. Britische Staatspapiere konnten sich der Bewegung der verschiedenen

Sterlingdevisen nicht entziehen und lagen schwächer, auch britische Industriepapiere und Eisenbahnpapiere zeigten rückläufige Kurzbewegungen. An der letzten Börseinführung machte sich verschiedentlich gegenüber den niedrigeren Eröffnungskursen eine leichte Erholung geltend.

An der Pariser Börse

erfolgten, angehoben der bevorstehenden Medioträumaktion umfangreiche Deckungen, so daß sich auf allen Marktgebieten beachtliche Kurzgewinne ergaben. Die Aufwärtsbewegung hielt auch im Verlaufe zunächst an, nur gegen Schluss waren vereinzelt Gewinnmitnahmen zu beobachten, so daß die höchsten Tageskurse nicht voll in Geltung blieben.

Das Geschäft

an der Amsterdamer Börse

war noch ruhiger als an den Vorlagen. Es kamen nur verhältnismäßig wenige Offerten heraus, so daß schon bei kleiner Nachfrage verschiedene Werte ihren Kursstand um einige Prozent befeilen konnten. Das Geschäft erhielt auch später keine Belastung, die höheren Anfangskurse waren aber zumeist gut behauptet.

Von der Berliner Börse Überblickende Kurse im Telephonkreisverkehr

Im außerbörslichen Telephonkreisverkehr trat heute nach der fortwährenden Aufwärtsbewegung der letzten Tage eine Reaktion ein. Zum Teil mag sie damit zusammenhängen, daß das Inflationsgerede wieder einmal wesentlich abgelautet ist. Der Alarmruf einer deutschen Zeitung über inflationistische Streubungen von schwerindustriellen Kreisen ist von allen beteiligten Stellen ganz energisch dementiert worden. Im Anbericht der vorangegangenen Sitzungen waren die Abweichungen nicht allzu bedeutend, da der gute Eindruck der Brüderungsgrede im

Reichsbanktagessitzung

am 2. September 1931

Wochendbericht 8%

Zombardinstanz 10%

In- und Auslande eine Stütze bot. In Börsenkreisen besitzen sich die Hoffnungen, daß es der Regierung gelingen wird, im Reichstag eine wenn auch knappe Mehrheit zu finden. Die Maßnahmen werden heute der sogenannten Schatzkammer in Berlin einen Antrag überreichen, in dem gefordert wird, daß die Börsenläufe in der nächsten Zeit für den Freizeitverkehr wieder geöffnet werden sollen, nachdem der telefonische Freihandel einen bemerkenswerten Umsatz erreicht hat. Am Geldmarkt war die Situation unverändert. Man hörte Tagedgeld mit 9 bis 11 %.

Eine Fälligkeitslage gegen die Stadt Frankfurt a. M. abgewiesen

Von der 4. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt a. M. wurde am Dienstag im Hinblick auf die bevorstehende Umlaufung für die Länder und Gemeinden ein bewertenswertes Urteil gefällt.

Eine süddeutsche Bank hatte der Stadt Frankfurt a. M. am 1. April 1931 ein Darlehen von 800 000 Reichsmark gegeben, rückfällig am 1. Oktober, das aber zu diesem Termin nicht abbezahlt wurde. Auf die Klage des Bankinstituts kam die 4. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt a. M. zu einer Verhandlung mit etwa folgender Begründung: Nach § 227 BGB könne das Gericht auch von Amts wegen aus erheblichen Gründen einen Termin aufheben. Ein solcher Grund wird darin gesehen, daß die bald zu erwartenden Ausführungsbestimmungen zur Umlaufbildungsdordnung das Vorzeichen eines einzelnen mit dem Riefe eines Vorstands vor den übrigen Gläubigern nicht billigen werden. Die Verhandlung wurde darauf auf den 10. November 1931 verlängert.

Zusammenschluß der sächsischen Automobilfabriken

Wie wir von der Sächs.-Böh. Korrespondenz erfahren, schweben seit einiger Zeit Verhandlungen über den Zusammenschluß von Audi, Horch, Wanderer und DKW, also der sächsischen Automobilfabriken. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Besonders Wanderer soll nur die Automobilfertigung von Wanderer in die neue Kombination eingebracht werden, der übrige Wandererbetrieb soll unberührt bleiben. Nach Erfahrungen in der Sächs.-Böh. Korrespondenz läßt sich im Augenblick noch nicht sagen, ob die Verhandlungen zum Erfolg führen werden, weil namentlich die Preisfrage noch ungeklärt ist. Man hofft aber, in einiger Zeit greifbare Ergebnisse erzielen zu können.

Eine Stilllegung eines oder mehrerer der genannten Werke kommt, wie wir weiter erfahren, erfreulicherweise nicht in Frage. Am Geagentell ist es bestätigt, die Spandauer Werkstätte von D&W nach Sachsen zu verlegen und mit einer der sächsischen Fabriken zu vereinigen. In Spandau will man als Erfolg eine große Reparaturwerkstatt für die vereinigten Fabriken einrichten. Es dürfte noch einige Zeit vergehen, bis sich endgültig übersehen läßt, ob die Verhandlungen Erfolg haben werden.

Die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Meldungen mögen wir allerdings der genannten Korrespondenz überlassen.

Die deutschen Genossenschaften im September Vierteljahresrückblick

Der September brachte eine geringe Zunahme der Gründungen, während das Gesamtgebild 'er' Bewegung in den drei Vierteljahren 1931 keine Veränderung des Gesamtbildes zeigt. Die Zahl der Konkurse ist im September zurückgegangen.

Nunmehr kann die abgelaufene drei Vierteljahre zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Gegende und wurden von Januar bis September 1931 940, aufgegliedert 1141 Genossenschaften. Die Zahl der Rücksichtserklärungen betrug in diesem Zeitraum 168 Genossenschaften und ist damit gegenüber dem Vorjahr fast gefallen. Konkurse bei Genossenschaften sind bis jetzt 120 festgestellt — eine Folge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse.

